

# Ein Blick über die Große Mauer

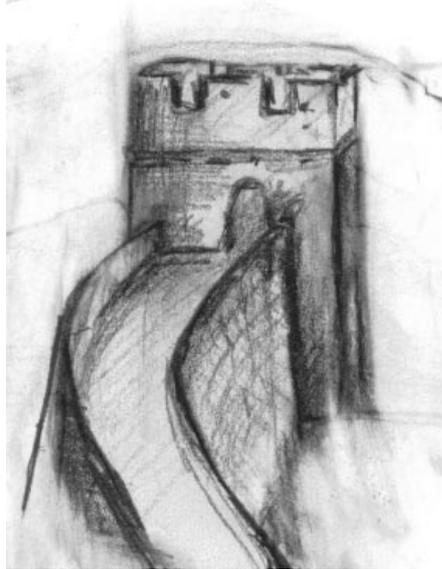
## Die Situation in China aus der Sicht eines Tibeters

von Wangpo Tethong

*Mit jeder weiteren Schreckensnachricht aus dem von China besetzten Tibet wächst die Ungeduld der Tibeter und das Bestreben, endlich eine Wende herbeizuführen. Der Dalai Lama sagt selbst, daß alle Bemühungen, die Machthaber in Peking an den Verhandlungstisch zu bringen, gescheitert sind. Unter den Tibetern mehren sich Stimmen für einen gewaltsamen Kampf. Auch der Autor des folgenden Beitrages gibt zu verstehen: »Radikale Maßnahmen wären eigentlich angesagt.«*

*Vor dem Hintergrund wachsender Gewaltbereitschaft sind die westlichen Staaten dringend gefordert, Druck auf den Handelspartner China auszuüben und den Dalai Lama in seinem gewaltlosen Kampf zu unterstützen. »Die ökonomische Integration Chinas allein reicht nicht aus. China braucht Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb sollte jeder Versuch unternommen werden, China in den Strom der Weltdemokratie zu bringen,« sagte der Dalai Lama in seiner Botschaft anlässlich des 6. Jahrestages der Niederschlagung der Demokratiebewegung in China. Für die Tibeter selbst fordert der Dalai Lama: »Innerhalb des tibetischen Volkes muß es eine tiefgreifende und ehrliche Diskussion über die uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten geben.«*

Die Redaktion



**»Was kommt nach Deng?« und »Was bedeutet das für uns?« Das sind Fragen, mit denen sich die Tibeter beschäftigen. Der Autor des folgenden Beitrags stellt sich auf den Standpunkt, daß in unmittelbarer Zukunft keine großen Änderungen in der chinesischen Tibet-Politik zu erwarten sind. Erst mittel- und langfristig könnten die inner-chinesischen Differenzen so groß werden, daß sie für Tibet eine Sezessionschance bieten könnten.**

**China: Wirtschaftliche Öffnung und politische Repression.** In der ersten Februar-Ausgabe der Beijing Rundschau — dem Mitteilungsblatt des chinesischen Außenministeriums — wird eine 12-jährige »Bankdirektorin« gefeiert.<sup>1</sup> Die junge Dame, Zhou Fei, hat es geschafft, ihre Kameraden der Grundschule Nanking dazu zu bewegen, in der schuleigenen »Bank« Spareinlagen zu tätigen. Bereits mit sieben Jahren wurde sie Angestellte und im Alter von elf wurde sie die Direktorin dieser kleinen Bank. Am Wahrheitsgehalt dieses Märchens braucht man nicht herumzumäkeln.

Eins ist aber klar: Die Zeiten, als noch Maos strenger Kommunismus in China regierte, sind längst vorbei. Geblieben ist aber der alte Propaganda-Apparat.

Mit dem Kurs der wirtschaftlichen Liberalisierung, den Deng Xiaoping eingeschlagen hat, haben viele seiner Genossen erhebliche Mühe. Es ist ein heikler Balanceakt, auf den sich das Reich der Mitte eingelassen hat. Es gilt einerseits, die Gesellschaft wirtschaftlich von Grund auf zu erneuern, andererseits dabei die politische Stabilität zu bewahren. Gerade letzteres ist mit reichlich Problemen behaftet. Die Deng'schen Reformen haben seit 1979 nicht nur Gewinner, sondern auch eine Reihe von Verlierern hervorgebracht. Diese wollen zwar das Rad der Zeit nicht zurückdrehen, aber wünschen sich durchaus ein erheblich langsames Modernisierungstempo. Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und ihre Folgen werden auch in Zukunft der wichtigste politische Streitpunkt bleiben, um welchen sich die anderen großen Themen gruppieren.

Was haben diese Vorgänge mit der Zukunft Tibets zu tun? Im Frühjahr 1992 hat Deng die Sonderwirtschaftszonen im Süden Chinas besucht.<sup>2</sup> Die als »nanxun« (Besichtigungsreise der Kaiser Chinas) mittlerweile fast zur Legende gewordene Reise nach Shenzhen, Shanghai und in die anderen Zentren des chinesischen Booms diente nur einem einzigen Zweck: Der plötzlich ins Stokken geratene Aufschwung der chinesischen Wirtschaft sollte wieder in Schwung gebracht werden. Deng sah sein Lebenswerk durch konservative

Kräfte — wie das Politbüromitglied Li Peng — bedroht. Mit Aufrufen zu mehr Mut und wirtschaftlicher Liberalisierung, auf die sich alsbald alle regionalen Unternehmer beriefen, leitete er einen zweiten Boom ein.

Um seine Politik auch im Personellen abzusichern, hat er während und nach dem 14. Parteikongreß der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) nochmals eine Kraftanstrengung unternommen. Eine neue, jüngere Führungsmannschaft wurde zusammengestellt,<sup>3</sup> mit der die Tibeter es in Zukunft zu tun haben werden. Also doch ein Grund, sich mit diesen Herren zu beschäftigen. Die Reihenfolge in Partei und Staat steht nun folgendermaßen fest: An erster Stelle ist Jiang Zemin (68, Vorsitzender der KPCh, Staatspräsident und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission), dann Li Peng (66), Qiao Shi (70, Parlamentspräsident), Li Ruiuan (58), Zhu Rongji (66), Liu Huaqing (78), Hu Jintao (51, ehem. Parteisekretär der Auton. Region Tibet; jetzt: Leiter des Zentralsekretariats). Daneben haben auch in den untergeordneten Institutionen große Wechsel stattgefunden.

Ein etwas detaillierterer Blick auf die Entstehung, Zusammensetzung und die Machtbasis der neuen chinesischen Führung wird vielleicht aufzeigen, wo mögliche spätere Bruchlinien verlaufen könnten.

**Die Linke.**<sup>4</sup> Die sogenannte »Linke«, angeführt von dem im April 1995 verstorbenen Chen Yun, erlebte beim 14. Parteikongreß einen schweren Rückschlag — sowohl im Personellen wie auch im Programmatischen.<sup>5</sup> Yao Yilin und Song Ping sind nicht mehr im Politbüro. He Dongchang (Vizeminister, Erziehungskommission) und Li Ximing (Parteisekretär der Stadt Peking) — beide gelten als Anstifter der brutalen Niederschlagung der Studentenbewegung — mußten angeblich zurücktreten.

Gleichzeitig aber ist festzuhalten, daß in den Hochburgen der »Linken«, wie dem Kulturministerium, nur kosmetische Änderungen durchgesetzt wurden. Hu Jintao (bis 1992 KP-Sekretär der Autonomen Region Tibet, aber vorwiegend in Peking stationiert) oder Wei Jianxing haben dank der Protektion von Song Ping (das ehemalige Politbüromitglied, das zur »Linken« zählt) den Weg ins höchste Gremium der Partei geschafft. Es ist typisch für Deng, daß er gar nicht den Versuch anstrebte, radikale Säuberungen durchzuführen. Im Gegenteil, um die Balance zu halten, erhielten auch die »Linken« ihre Pfründe.

**Die Bürokraten und Verfechter einer Planwirtschaft.** Mit der Ausrufung der »sozialistischen Marktwirtschaft« haben die Beamten (30 Millionen an der Zahl), welche seit der Errichtung der Volksrepublik China eine herausragende Stellung im Staate innehatten, ihre einstmalige Bedeutung verloren. Gerade aus diesen Kreisen waren immer wieder auch kritische Stimmen gegen das

Wirtschaftsprogramm Dengs zu hören. Um die hohe Inflation und andere negative Folgeerscheinungen zu regulieren, forderten sie immer wieder zentrale Lenkungsmaßnahmen. Eine ähnliche Haltung ist auch von Li Peng kundgetan worden. Von Natur aus zwar ziemlich konservativ, dürfte auch der jetzige Staatspräsident Jiang Zemin — was die Wirtschaftspolitik betrifft — zu dieser Gruppe gezählt werden.

**Zhao Ziyangs Gruppe.** Als Sprößling einer Grundbesitzerfamilie hatte es Zhao Ziyang bereits während der Kulturrevolution sehr schwer. Nach dem Tiananmen-Aufstand, welcher Zhao zum Verhängnis wurde, verschwand er. Angeklagt wurde er wegen seiner »bourgeoisen Liberalisierungstendenzen«. Mit ihm stürzten das Politbüromitglied Hu Qili und Yan Mingfu (Vorsitzender der United Front der KPCh). Letzterer ist den Tibetern natürlich kein Unbekannter. (Briefwechsel mit Gyalo Thondup 1987, verantwortlich für »tibetische Angelegenheiten«). Hu Qili führte 1985 eine hochrangige chinesische Delegation zur 20-Jahr-Feier der Autonomen Region Tibet an und wird von den Tibetern als relativ offen bezeichnet.

Angesichts der Sympathien, die Zhao Ziyang immer noch unter der Bevölkerung genießt, darf sein zukünftiges Potential nicht unterschätzt werden. Die Tibeter haben mit ihm allerdings schlechte Erfahrungen gemacht. Als Generalsekretär der Partei gab er 1989 den Befehl für die äußerst brutale Niederschlagung des Aufstandes in Lhasa.<sup>6</sup>

**Die Technokraten.** Die »Technokraten« verfügen über keine spezielle politische Vision, vergleichbar denen von Hu Yaobang oder Zhao Ziyang. Sie gehören zu den Gewinnern des Parteikongresses. Sie werden nach Willy Wo-Lap Lam, auf dessen Überlegungen ich mich vor allem stütze, von Zhu Rongji angeführt. Er stellte für die heute fünfzigjährigen Politiker, die an den einheimischen Eliteuniversitäten ausgebildet wurden, eine Identifikationsfigur dar. Nach dem Vorbild der japanischen MITI wurde auf seine Initiative das Economic and Trade Office (ETO) errichtet. Diese Generation ist ganz nach den Vorstellungen von Deng.

**Regionale Gruppen.** Wie nicht anders zu erwarten ist, spielt der Süden eine zunehmend größere Bedeutung. Das schnelle wirtschaftliche Wachstum im Süden versetzt die noch vorhandenen Planwirtschaftler in der Zentrale unter gehörigen Druck. Sowohl im Steuerrecht als auch im Finanzwesen dringen sie auf ein höheres Tempo und mehr Freiraum. Eine eindruckliche Demonstration des Machtgewinns der Regionen zeigte sich 1992 beim Nationalen Volkskongreß, als Li Peng genötigt wurde, umfangreiche Ergänzungen in seinem Bericht zu machen. Beim diesjährigen Nationalen Volkskongreß erlebte die Staatsführung erneut einen mächtigen Beweis für die wachsende Bedeutung dieser Gruppe.

Zwei Kandidaten der Partei— und Staatsspitze wurden mit nur rund 60 Prozent der Delegiertenstimmen in die vorbestimmten Staatsämter gewählt. Das ist eine Ungeheuerlichkeit in einem System, welches bis dahin stets mit Mehrheiten von über 95 Prozent rechnen konnte.

**Freie Unternehmer.** In China ist bis dato noch eine Scheu zu erkennen, private Unternehmer an die Schaltebel der Macht zu setzen, obwohl sich das bald ändern könnte. Bisher gibt es keinen Unternehmer im Zentralkomitee der KPCh. Aus Shanghai sind solche Experimente bekannt. Zhu Rongji hat in seiner Shanghaier Zeit Geschäftsleute mit beratenden Ämtern betraut. Kinder von hohen Parteipolitikern (Paradebeispiel ist Dengs eigener Sohn) sind heute eher in der Wirtschaft als in der Politik zu finden.

**Die Armee.** Es ist eine immer wiederholte Feststellung, daß Dengs Macht sich im wesentlichen auf die Armee gestützt hat, eine Armee, die auch in Tibet seit der Besetzung eine alle Lebensbereiche dominierende Rolle innegehabt hat. Für die Zukunft hat Deng Vorsorge getroffen. Der berühmte Yang-Clan (Yang Shangkung und Yang Baibin) wurde kurz vor dem Parteikongreß aus den militärischen Gremien ausgeschlossen. Der Armee wird in Zukunft die Rolle zufallen, die Reformpolitik zu sichern, ohne dabei aber politisch zu werden. Das Armeeleitbild entspricht ganz dem einer professionellen modernen Streitmacht. Von Maos Vorstellungen einer riesigen Milizarmee hat man sich verabschiedet. Das Armeebudget sieht für die kommenden Jahre jährlich reale 10 Prozent Zunahmen vor. Erstmals seit langem erhält die Armee überdies einen Vertreter im Politbüro, der als Deng-Zögling gilt.<sup>7</sup>

**Der Sicherheitsapparat.** Ganz im Einklang mit der Politik der KPCh, wirtschaftliche, aber keine politischen Reformen zu fördern, wurde der Sicherheitsapparat aufgewertet. Unter Sicherheitsapparat sind die Polizei, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Disziplinar- und Aufsichtsbehörden zu verstehen. Als Eingeständnis oder vielleicht aus Kalkül wurden die Protegés der Hardliner Song Ping und Peng Zhen in hohe Ämter berufen. Politbüromitglied und Minister für Sicherheit Wei Jiansing gilt ebenfalls als ein solcher. Auch die Ernennung Qiao Shis 1993 zum Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses wurde als ein Schritt zum Ausbau der staatlichen Sicherheit interpretiert. Ren Jianxin, Präsident des Obersten Volksgerichts erhielt für seine »Leistungen« nach dem Tiananmen-Aufstand den Posten des Sekretärs der Politischen und Juristischen Kommission.

**Zusammenbruch oder Kontinuität?** Was haben die Tibeter also nach dem Tode Dengs zu erwarten? Ein plötzliches Zusammenbrechen des politischen Systems in China ist derzeit illusorisch. Für die unmittelbare Zukunft scheint Deng — zum Leidwesen der Tibeter — gut vorgesorgt zu haben. Ihm schwebt vermutlich eine

Art kollektiver Führung vor. Jiang Zemin, dem Deng mehrmals öffentlich seine Loyalität ausgesprochen hat, soll als Primus inter pares für den Ausgleich zwischen den Gruppierungen sorgen. In bezug auf Tibet hat er stets eine »strenge Hand« gefordert. Daran wird sich nichts ändern. Um in der chinesischen Öffentlichkeit als großer Ordnungsmann aufzutreten, wird er mit Freude die Chance wahrnehmen, sich in Tibet mit einer repressiven Politik auszuzeichnen.

Doch gegen einen dauerhaften Erfolg von Jiang sprechen viele Gründe. Seine Karriere weist keine herausragenden Taten auf, höchstens Durchschnitt. Dengs Schuhe sind für ihn nach Meinung vieler Beobachter um ein paar Nummern zu groß. Seine Durchsetzungskraft und Wirkung in der Armee werden als gering eingeschätzt. Aufgrund historischer Erfahrungen wird die Zeit seiner Vormachtstellung nicht allzu lange dauern. Die Politbüromitglieder Zhu Rongji, Qiao Shi und selbst der oft totgesagte Li Peng sitzen als mögliche Alternativen bereits in den Startlöchern. Von diesen drei genannten Personen ist jedoch in bezug auf Tibet ebenfalls keine Besserung zu erwarten.

Wer also dann? Für eine tatsächliche Verhandlungslösung, wie sie vom Dalai Lama angestrebt wird, fehlen auch in nächster Zukunft die Voraussetzungen. Weit und breit ist kein chinesischer Politiker oder eine Gruppierung auszumachen, die mit den Tibetern einen Dialog aufnehmen möchte und reale Regierungschancen in China hat. Trotz aller anzubringenden Vorbehalte war die Zeit zu Beginn der Deng-Ära in dieser Hinsicht für die tibetische Exilregierung in Dharamsala vielversprechender. Forderungen, wie sie der prominente Dissident Wei Jingsheng an Deng Xiaoping gerichtet hat, bleiben Einzelperscheinungen.<sup>8</sup> Überhaupt besitzt die in sich zerstrittene Demokratiebewegung kaum eine reale Aussicht, an die Macht zu gelangen.

Eine weitere schwerwiegende Hypothek, die auf Dharamsala lastet, ist, daß die tibetische Exilregierung ihre moralische Legitimation, als Sprachrohr aller sechs Millionen Tibeter zu fungieren, in Zukunft einbüßen könnte. Die Entwicklungen in Tibet und im Exil drohen immer weiter auseinanderzulaufen. Radikale Maßnahmen dagegen wären eigentlich angesagt. Die internen Probleme der Exilgemeinschaft, die in Tibet selber kaum verstanden werden, drohen jedoch den Blick für das Wesentliche zu verstellen. Das tibetische Parlament und der Kashag (Ministerkabinett) sollten, meinte man, ihre Hauptbemühungen auf die politische Arbeit in Tibet ausrichten und konkrete Maßnahmen gegen die chinesische Masseneinwanderung unternehmen. Diesbezüglich herrscht aber fast vollständige Funkstille.

Die Entwicklung, auf die die Tibeter insgeheim am meisten hoffen, ist nach wie vor eine innere Krise — vielleicht gar ein Bürgerkrieg — in China, ein Szenario,

das bereits des öfteren diskutiert wurde. Und tatsächlich, es besteht Anlaß zu Hoffnungen, denn Konfliktpotentiale für Machtkämpfe in Peking sind genug vorhanden. Aber genug für eine gewaltsame Auseinandersetzung?

China ist keine zivile Gesellschaft im modernen Sinne und besitzt nicht deren Tradition der konsensuellen Konfliktlösung, was sich bei der friedlichen Bewältigung von Krisen als ein großes Hindernis erweisen könnte. Die unterschiedlichen Vorstellungen über das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung im innersten Kreis der Macht und die zunehmend komplexeren sozialen Probleme (Kriminalität, Korruption und Arbeitslosigkeit) scheinen deshalb die Sprengkraft für den Ausbruch eines innerchinesischen Konfliktes zu besitzen. Offen bleibt für Peking darüber hinaus die bange Frage, welche Prozesse in China selbst die endgültige Eingliederung Hongkongs 1997 auslösen wird. Wird alles so glatt verlaufen, wie es sich die Machthaber in Zhongnanhai vorgestellt haben?

Wird es also doch zu dem, von den Tibetern so heiß ersehntem, Szenario kommen? Und, falls ja, was dann? Auf alle Fälle müßte die tibetische Führung dann bereit sein, Koalitionen einzugehen und aktiv im Prozeß für eine neue Ordnung auf dem Gebiet des heutigen Chinas mitzureden. Dafür hätten die Tibeter durchaus Interessantes anzubieten: politische Freunde, Vertrauen im Westen, mit dem Dalai Lama eine international respektierte politische Figur und Vertrauen bei den Mongolen, Uiguren sowie bei Millionen von chinesischen Buddhisten. Um dabei aber nach außen und nach innen glaubwürdig zu bleiben und als verlässlicher Partner auftreten zu können, muß auf der Grundlage des Fünf-Punkte-Friedensplans der Tarif für eine Zusammenarbeit klar deklariert werden: Es geht um die Freiheit für das Schneeland Tibet.

*Wangpo Tethong ist Exiltibeter und studiert an der Universität Zürich. Er war zeitweilig Vorsitzender des Vereins Tibeterjugend in Europa und Redakteur der Zeitschrift »Junges Tibet«.*

<sup>1</sup>Beijing Rundschau, 5/1995, S.33

<sup>2</sup>Willy Wo-lap Lam, Leadership Changes at the Fourteenth Party Congress, in China Review, 1993.

<sup>3</sup>Gilt auch für das Zentralkomitee der KPCh. 46% der Mitglieder sind neu. 61% von ihnen unter 55 Jahren.

<sup>4</sup>Im folgenden berufe ich mich auf Willy Wo-lap Lam, ebd. S. 2.8ff.

<sup>5</sup>Partei kongress beschließt »sozialistische Marktwirtschaft« als Ziel. Chinas new Leap Forward, Asiaweek, 1. Dez. 1993.

<sup>6</sup>Jamyang Norbu, Imperial Twilight, A Tibetan Perspective on China after Deng Xiaoping, in: Tibetan Review, Juni 1991, S. 11 - 17

<sup>7</sup>Willi Wo-Lap Lam, ebd. S. 2.22

<sup>8</sup>Weï Jingsheng, A letter to Deng Xiaoping on Tibet, 5. Okt. 1992 in: Tibetan Review, February 1994, S.15 -20

## Deutsch-chinesisches Verhältnis: Geschäfte über alles

*Fünf Tage lang war* der chinesische Präsident Jiang Zemin im Juli zu einem Besuch in die Bundesrepublik gekommen. Helmut Kohl findet Treffen mit Chinas Herrschern offenbar ergiebiger als mit den Tibetern, hatte er erst im Mai ein Zusammentreffen mit dem Dalai Lama vermieden. Der SPIEGEL berichtete, daß Kohl sogar den Weg in die Bonner Botschaft der Volksrepublik China suchte, um dem mächtigen Mann Chinas seine Aufwartung zu machen.

Deutschland ist Chinas größter Handelspartner in Europa — mit einem Handelsvolumen im Wert von 4,62 Milliarden Dollar allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres. So nimmt es nicht wunder, daß der Besuch ganz unter dem Thema der wirtschaftlichen Zusammenarbeit stand. Siemens, AEG und Daimler-Benz diskutierten Großprojekte mit dem chinesischen Präsidenten. Der chinesische Staats- und Parteichef zeigte sich hoch erfreut über die „glänzenden Aussichten“ für die chinesisch-deutsche Zusammenarbeit. China erhält Entwicklungshilfe-Kredite bis zu 180 Millionen Mark für Umweltprojekte. Der deutschen Wirtschaft sind in China Aufträge von 4,2 Milliarden Mark zugesichert.

Menschenrechts-Organisationen machten auf die tausenden von politischen Gefangenen aufmerksam, die es in China gibt, auf Folter, Massensexekutionen und Arbeitslager. In einer Erklärung von amnesty international hieß es: „Es ist nicht angemessen, der Verantwortung für die sich verschlechternde Lage der politischen Opposition (in China) auszuweichen, indem man argumentiert, daß die wirtschaftliche Liberalisierung automatisch politische Reformen nach sich ziehen wird.“ Das Thema Menschenrechte kam lediglich hinter verschlossenen Türen auf die Tagesordnung. Bundeskanzler Helmut Kohl hat gegenüber Jiang Zemin die Menschenrechte zwar angesprochen, zugleich aber Verständnis für eine unterschiedliche Auslegung gezeigt. Der chinesische Politiker selbst wies jede Kritik zurück: „Wer sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen will, wird dies mit einem hohen Preis bezahlen,“ drohte Jiang Zemin.

Die deutschen Behörden verhinderten, daß die Rufe nach Menschenrechten bis zum Staatsgast vordrängen, wie letztes Jahr beim Besuch von Li Peng. Sicherheitsstufe 1 hatten die Grenzschrützer und Polizisten verhängt, um den Ehrengast Jiang Zemin von Demonstranten abzuschirmen. So waren die Chinesen voll des Lobes über ihre deutschen Freunde: Außenminister Qian dankte ausdrücklich für die herzliche Aufnahme „durch das deutsche Volk“.

*Birgit Stratmann*